

Haben wir wirklich keine anderen Sorgen?



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Den meisten Menschen in unserem Kanton geht es gut. Vielen sehr gut. Aber auch in Basel, Riehen und Bettingen gibt es Menschen, denen es nicht gut geht und die deswegen Hilfe brauchen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es spielt aber auch keine Rolle, weshalb jemand Unterstützung braucht und es ist auch nicht wichtig, welche Nationalität Frau oder Mann hat, die auf Hilfe anderer angewiesen sind. Unsere Gesellschaft muss sich solidarisch verhalten. Nein, das ist kein Parteiprogramm und auch kein Wahlversprechen der Liberal-Demokra-

tischen Partei Basel-Stadt. Es ist eine Feststellung und – zum Glück – eine Beschreibung des Ist-Zustandes im Kanton. Wir brauchen viel Geld für die Verbilligung von Prämien der Krankenkassen, für Stipendien während der Ausbildung, für Mietzinsbeiträge, für die Sozialhilfe. Und wir verzichten auf Steuern von Leuten mit niedrigen Einkommen. Die Unterstützung von Bedürftigen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Dazu stehen wir, auch wenn über die Höhe durchaus diskutiert werden darf; ein Teil der Steuern, die wir alle bezahlen müssen, wird für Unterstützungsleistungen verwendet.

Gegen „lustige“ Ideen

Was wir aber nicht unterstützen können, sind seltsame Anliegen von Parteien. Wir wehren uns dagegen, dass die Steuerzahlerinnen und -zahler die Umsetzung „lustiger“ Ideen finanzieren sollen. Aktuelle Beispiele:

„Auftrag an die Stadtgärtnerei zur Bildung der Bevölkerung über den Anbau, die Saisonalität und Artenvielfalt landwirtschaftlicher Produkte“ oder „Obstbäume in Parkanlagen für die Bevölkerung“, Einrichten von Velopumpstationen durch den Kanton oder – ein Beispiel aus der Vergangenheit: „Kostenlose Entsorgung von Windeln“. Haben wir in unserem Kanton wirklich keine anderen Sorgen? Müssten wir uns nicht auf das Wesentliche konzentrieren?

Eigenverantwortung statt Nanny-Staat

Die LDP setzt sich für einen Staat ein, der seine Aufgaben zugunsten der Bevölkerung wahrnimmt. Wir fordern aber auch Eigenverantwortung des Einzelnen. Auf unseren Kanton kommen in nächster Zeit neue Aufgaben zu. So wird zum Beispiel die Unterstützung von Arbeitslosen, die über 50 Jahre alt sind und keine neue Stelle finden immer wichtiger. Auch das Verschwinden von Arbeitsplätzen wegen der Digitalisierung muss uns kümmern; nicht nur wegen materieller Not der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, auch wegen des Selbstwertgefühls. Das Geld soll für wirklich Wichtiges und Wesentliches verwendet werden. Das sind weder staatlich finanzierte Velopumpstationen noch Obstbäume in unseren Parkanlagen! Sie, liebe Parteimitglieder und Sympathisierende helfen der LDP, ihre Aufgabe in den Parlamenten in Basel, Riehen und Bern wahrzunehmen. Für Ihre vielfältige Unterstützung möchte ich Ihnen sehr herzlich danken! Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben schöne Weihnachten und einen guten Start in das Jahr 2018, in welchem sich Ihre Wünsche erfüllen mögen!

Riehen, unser unbekanntes Lieblingsdorf

Natürlich gibt es auch Bettingen. Das ist uns Städtern noch unbekannter, aber auch sehr lieb. Basel, Riehen, Bettingen. Eine Dreierbeziehung, die nicht unter grossen Krisen leidet. Keine Abspaltungsdrohungen, und am Banntag schreiten Riehener und Bettinger sogar, als zwei von wenigen anderen Schweizer Gemeinden, die Landesgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, und damit zur Europäischen Union ab. Die Beziehung zu unseren Landgemeinden sind zumeist durch Zuneigung, Respekt und Wohlwollen geprägt. Das ist durchaus gegenseitig, denke ich. Regelmässig hängen denn auch die Fahnen von Riehen und Bettingen an unserem Rathaus, wenn wieder ein freundschaftliches Treffen zwischen den städtischen und ländlichen Exekutiven stattfindet. Das Problem ist eher unser bescheidenes Wissen um und Interesse an den Landgemeinden. Was heisst das für unsere Partei? Und vor allem, was heisst das für unsere Grossräte und unseren Regierungsrat, der ja auch eng mit Riehen verbunden ist? In unserer Fraktion arbeiten zwei Grossräte aus Riehen mit: Thomas Strahm und Daniel Hettich. Und einer aus Bettingen: Olivier Battaglia. An unserer Fraktionssitzung, und auch an den Partei-Vorstandssitzungen, nimmt zudem der Präsident der LDP Riehen, David Schweizer, teil. Es ist denn auch ein festes Traktandum der Fraktionssitzung: der Bericht aus Riehen und Bettingen. Etwas neidvoll hören wir Basler dann öfters „alles ruhig im Dorf und am Berg“. Lärm gibt es dann, wenn zum Beispiel die Verkehrsachsen zwischen Basel und Riehen durch Riesenbaustellen fast blockiert werden. Auch kommen immer wieder

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Haben wir wirklich keine anderen Sorgen?	1
Riehen, unser unbekanntes Lieblingsdorf	1
Unser Regierungsrat: 311 Tage RR CC	2
LDP-Umfrage bei der Anwohnerschaft: Mehrheitlich gegen Rhein-Partymeile am Schaffhauserrheinweg	3
Gleich lange Spiesse für Basler Hotels	3
St. Alban-Vorstadt: Es braucht unbedingt Trottoirs	4
Spezial: Wahlen in Riehen	
- Die LDP tut was - zum Beispiel eine Petition einreichen	5
- Die Kandidierenden (I)	6
- Die Kandidierenden (II)	7
- Daniel Hettich: mit Engagement, Mut und Weitsicht!	8
Jungliberale: NEIN zum neuen «Geldspielgesetz»	9
„Freiwilliger“ Steuer-Lohnabzug vorerst abgewendet	9
Vorbehalte zur Spitalfusion	10
Vor Mio.-Defiziten?	10
Liberales Fädeziehl im Schafeck	10
Willkommen Lukas Ott!	11
Mehr Ordnungsbussen statt Verzeigungen	11
Glosse: Keine anderen Probleme? – Teil 2	12

Erste Erfahrungen unseres Regierungsrats: 311 Tage RR CC

PH FHNW, JSSK, SFG, AKOI, KSBS, BFSV, GEKO, BRNWCH, EFZ, LENABB, SBFI, RRB – nach beinahe einem Jahr als Vorsteher des Erziehungsdepartements hat sich nicht nur mein Wissen über Abkürzungen markant erweitert. Nein, ich durfte auch jeden einzelnen Tag neue Menschen und Themen kennenlernen. Ein kleiner Erfahrungsbericht.



von Regierungsrat Conradin Cramer

Zuerst waren da viele Augen. Gleich 6'000 davon richteten sich auf mich und warteten darauf, was «der Neue» zu berichten wusste. Die Gesamtkonferenz der Lehrpersonen von Basel-Stadt in der Joggelihalle bedeutete wenige Wochen nach Amtsantritt eine Feuertaufe der besonderen Art. Ich durfte zum ersten Mal erleben, mit wieviel Verve Lehrerinnen und Lehrer ihre Positionen vertreten, und bekam gleich eine Resolution überreicht, die eine Abschaffung von Leistungschecks in der Volksschule forderte.

Dauerbrenner BS-BL

Vom ersten Tag an beschäftigten mich die Verhandlungen mit Baselland über den Leistungsauf-

trag der Universität Basel. Eine emotional aufgeladene Debatte, bei der beide Seiten Zugeständnisse machen mussten. Ich bin sehr froh, dass wir in diesen Verhandlungen eine Lösung finden konnten, die unserer Universität Planungssicherheit gewährt. Mit dem erneuerten Bekenntnis beider Kantone zur gemeinsamen Trägerschaft und zu einer Volluniversität von herausragender Qualität besteht nun wieder eine Basis, um gemeinsam weiterzuplanen. Eine meiner wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird sein, über die Kantonsgrenzen hinaus die Entscheidungsträger von der Wichtigkeit der Weiterentwicklung unserer Universität zu überzeugen.

Erfolge werden auch im Kleinen erzielt

Die Uni-Verhandlungen um Millionenbeträge und die Forderungen der Lehrpersonen waren sicher die grösseren Geschäfte in den vergangenen Monaten. Dazu gesellen sich viele kleine Erfolge, die in der Öffentlichkeit manchmal unbemerkt bleiben. Ein Beispiel: Beim Wettstein-schulhaus gibt es im Pausenhof einen Kletterfelsen, der abgerissen werden sollte, weil er aktuellen Sicherheitsstandards

nicht genüge. Passiert ist auf dem Felsen in den vergangenen Jahren nie etwas. Ich konnte erwirken, dass der Felsen stehen gelassen und zusätzlich ein einfaches Klettergerüst errichtet wird. So ist für eine sichere Spielgelegenheit gesorgt und der Felsen – immerhin ein kleines Wahrzeichen im Quartier – kann stehen bleiben.

Alles paletti also?

Das natürlich nicht. In einem Departement mit rund 7'000 Angestellten und vielen komplexen Aufgaben geht nie alles völlig reibungslos. Es gab auch einige Enttäuschungen für mich: So ist es nicht gelungen, den Bund davon zu überzeugen, die Weltmeisterschaften der Berufsleute 2021 nach Basel zu holen. Einzelne Lehrpersonen zogen es vor, direkt mit ihren Forderungen an die Medien zu gelangen, statt sich intern zuerst mit dem Departement auszusprechen. Solche Vorfälle sind unangenehm, aber sie gehören zum Job. Ich habe den Anspruch an mich, daraus zu lernen, wenn etwas schief geht, um es künftig besser zu machen. Neben den gewichtigen Dossiers gibt es einige besonders schöne Pflichten, die ein Mitglied des Regierungsrats regelmässig hat.

Fortsetzung von Seite 1
Riehener Themen in den Grosse Rat. Zum Beispiel aktuell die künftige Gestaltung rund um die Fondation Beyeler. Und selbstverständlich beschäftigen uns Basler auch die kommenden Wahlen in Riehen. Nicht zuletzt, weil unser Fraktionsmitglied Daniel Hettich für den Gemeinderat kandidiert. Erfolgreich, so meine Prognose! Mehr zu den Riehener Wahlen 2018 hier, in diesem LIBERAL.

Als Grossrat habe ich jeden Freitag die Riehener Zeitung im Briefkasten. Ich lese sie gerne, und sie hilft mir beim Besseren Verstehen. Und wer sein Wissen gerne elektronisch pflegt: www.riehen.ch, eine sehr informative Home- und Haus-Page!

Fraktionspräsident
Michael Koechlin

Zum Beispiel, den Baslerinnen und Baslern zum hundertsten Geburtstag gratulieren zu dürfen.

Orangensaft – aber bitte mit Sherry

Ich hatte besonders Glück und konnte Georgine von den Steinen die Ehre erweisen. Bei einem Gläschen Orangensaft (mit Sherry) erzählte sie mir nicht nur aus ihrem erlebnisreichen Leben, sondern auch von ihrem Vater, dem LDP-Regierungsrat Adolf Im Hof, der das Basler Schulgesetz verfasst hat. Diese Unterhaltung wird mir neben vielen anderen schönen und spannenden Erlebnissen in den ersten zehn Monaten noch lange in guter Erinnerung bleiben.



LDP-Umfrage bei der Anwohnerschaft: Mehrheitlich gegen Rhein-Partymeile am Schaffhauserrheinweg

Die „Motion betreffend Sanierung Rheinbord im Perimeter Schaffhauserrheinweg und Oberer Rheinweg“ haben die Präsidentin, Patricia von Falkenstein, den Kleinbasler Grossrat, André Auderset, und mich als Anwohnerin und Mitglied der LDP veranlasst, uns mit einem Schreiben an die AnwohnerInnen des Schaffhauserrheinwegs und den angrenzenden Strassen zu wenden. Die Reaktionen waren eindeutig: Egal, ob politisch links oder rechts, eine neue Partymeile am Rhein ist unerwünscht!



von Corinne Eymann-Baier

Zur Vorgeschichte: Nachdem der Regierungsrat 2009 - aufgrund eines politischen Vorstosses - einen Wettbewerb zur Neugestaltung des Kleinbasler Rheinufers entlang des Perimeters Schaffhauserrheinweg ausgeschrieben hatte und ein Siegerprojekt bestimmte, wurde das Projekt aus finanziellen Überlegungen auf Eis gelegt. Dies mit der Begründung, dass die Werkleitungen am Schaffhauserrheinweg erst in den Jahren 2030-35 erneuert werden müssen.

Schwer verständliche Motion

Verständlicher Weise wäre es für uns Steuerzahler wohl auch schwer nachzuvollziehen, weshalb man zuerst Geld für die Neugestaltung des Rheinufers/der Berme ausgibt, um wenige Jahre später am gleichen Ort

wiederum die Strasse aufzureissen um Werkleitungen zu sanieren. Die Motionäre sind nun der Meinung, dass eine Sanierung des Rheinbords ohne die Rheinpromenade - und der damit verbundenen Instandstellung der Infrastruktur - machbar sei. Sie verlangen vom Regierungsrat, dass die Planungsarbeiten und der Baubeginn des Siegerprojektes bis 2020 vollzogen bzw. aufgenommen werden. In der GR-Sitzung vom 15.11.2017 wurde mit 56 Ja, 27 Nein und 11 Enthaltungen auf die Motion eingetreten und sie wurde dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

Widerstand von links bis rechts

Über die vielen Reaktionen der betroffenen Anwohnerschaft waren wir sehr erfreut. Interessanterweise bekamen wir Emails und Anrufe von Personen aus allen politischen Lagern von links bis rechts. Mit Ausnahme von zwei Reaktionen waren alle Stellungnahmen gegen die Erstellung von Strand-Abschnitten und der damit verbundenen Attraktivitätssteigerung. Dass die Werkleitungen in normalem Umfang erneuert werden

müssen, steht ausser Frage. Der Schaffhauserrheinweg soll aber weiterhin ein einladender Abschnitt am Rhein bleiben, der am Tag Badenden und Flanierenden und in der Nacht denjenigen zur Verfügung steht, die diesen städtischen Raum geniessen und mit der Nacht auch Ruhe verbinden, ohne Musik, Grillgestank, Saufgelage und hinterlassene Abfallberge, die für teures (Steuer)-Geld von der Stadtreinigung entsorgt werden müssen.

Quartier bereits belastet

Es ist auch nicht so, dass das Wettsteinquartier lediglich während den warmen Sommermonaten ein beliebtes Ziel zur Freizeitgestaltung ist. Konzerte und andere Events im Sudhaus der ehemaligen Warteck Brauerei bringen nachts erhöhte Immissionen mit sich. Viele städtische Events führen durch das Quartier und haben jeweils Sperrungen von Strassenabschnitten/Parkflächen und Lärmbelästigung zur Folge (Streetparade, Brückenlauf, Basler Marathon, Slow-up u.a.). Auch während den – wirtschaftlich für die Stadt durchaus wichtigen – Messen und Kongressen der Messe Schweiz sind wir im

Gleich lange Spiesse für Basler Hotels

Die Para-Hotellerie wandelt sich immer mehr vom klassischen Bed&Breakfast zu einer eigentlichen kommerziellen „Industrie“, die aber nicht dieselben Voraussetzungen erfüllen muss wie die „normalen“ Hotels. LDP-Grossrat Stephan Schiesser fordert in einem Vorstoss den Regierungsrat auf zu klären, wie den Hotels wieder gleich lange Spiesse in diesem Konkurrenzkampf verschafft werden können. Der Staat soll nach Ansicht Schiessers nicht das klassische „Bed&Breakfast“ (etwa: Familie bietet nach Auszug der Kinder freie Räume im eigenen Haus an) mit übertriebener Regulierung drangsalieren. Mittlerweile habe sich aber eine stark kommerzialisierte, eigentliche „Industrie“ gebildet. Dies schafft Probleme hinsichtlich Ungleichbehandlung mit der etablierten Hotellerie. Ganz offensichtlich wird das Angebot an Gästebetten in Hotels durch Organisationen wie Airbnb nicht bloss ergänzt, sondern unfair konkurrenziert. Während Hotels zur Buchführung verpflichtet sind, Löhne und Sozialabgaben deklarieren müssen, einer Sicherheits- und Hygiene-Kontrollpflicht unterstehen und Gast-Taxe entrichten sowie Steuern bezahlen und ihre Gäste der Polizei melden müssen, entfallen einige dieser Verpflichtungen für Anbieter nach dem Airbnb-Modell. Schiesser fordert, die Situation zu analysieren und Massnahmen zu definieren, welche einen unfairen Wettbewerb zu Lasten der klassischen Hotels verhindern.



Unschöne Bilder, die man nicht auch noch am Schaffhauserrheinweg sehen will.

Quartier mit parkplatzsuchenden, auswärtigen Gästen und überall illegal geparkten Autos stark beeinträchtigt. Es gibt kein anderes Wohnquartier in der Stadt, welches derart vielen Belastungen durch Dritte ausgesetzt ist. Trotz der Überweisung der Motion an den Regierungsrat werden wir von der LDP (unter Einbezug der betroffenen Anwohnerschaft) am Ball bleiben und uns gegen zusätzliche Belastungen wehren!

Umgestaltung St. Alban-Vorstadt: Es braucht unbedingt Trottoirs

In der St. Alban-Vorstadt müssen neben der Strassenoberfläche auch die Werkleitungen (Gas, Wasser, Strom) erneuert werden. Dies nimmt der Regierungsrat zum Anlass, dem Grossen Rat einen Vorschlag zur „Aufwertung“ der St. Alban-Vorstadt zu unterbreiten. Was so schön tönt, hat aber einen gewaltigen Pferdefuss: Es sollen die Trottoirs abgeschafft und durch eine Wackepflasterung auf Strassenniveau ersetzt werden. Das löst einen Sturm des Protestes bei der Anwohnerschaft aus.



von Heiner Vischer, Grossrat und Vizepräsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission UVEK

Im Ratschlag der Regierung zum Erweiterungsbau des Kunstmuseums aus dem Jahr 2010 lesen wir: „Die Nachbarschaft ist geprägt durch eine Mischung kleinteiliger historischer Bausubstanz in der St. Alban-Vorstadt, einem der schönsten und wertvollsten Strassenzüge der Basler Altstadt...“. Dies beschreibt sehr gut die ganz spezielle Situation, in der sich auch die vielen Anwohner befinden. Oft hört man, dass man sich untereinander gut kennt und dass der Weinshop „Vini Donati“ so etwas wie ein Quartiertreffpunkt ist.

Nun möchte die gleiche Regierung, die die Beschaulichkeit dieses Strassenzuges so preist, mit dem Ratschlag „Zur Realisierung von Massnahmen zu Gunsten des Fuss- und Veloverkehrs in der St. Alban-Vorstadt zwischen St. Alban-Graben und Malzgasse im Zuge anstehender Erneuerungsarbeiten“ einen für die Anwohner massiven Eingriff in die Strassenstruktur durchsetzen: Es soll keine Trottoirs mehr geben.

Eng und dicht bewohnt

Natürlich ist es richtig und sinnvoll, dass man sich Gedanken für eine mögliche Aufwertung einer Strasse machen soll und muss, wenn grössere Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur (Strassenoberflächen- und Werkleitungs-Ersatz) anstehen. Aber das kann nicht alleine Mittel zum Zweck sein, besonders wenn es sich wie bei der St. Alban-Vorstadt um einen dicht bewohnten und engen Strassenzug handelt. Die Interessen der Anwohner wurden auf jeden Fall nicht berücksichtigt. Die Folge war absehbar, dass

nämlich eine Welle der Empörung gegen die Pläne der Regierung losgetreten wurde. Was am meisten auf Unmut stiess war die Idee, die Trottoirs aufzuheben und durch Rhein-Wackensteine - niveaugleich zur Strasse - zu ersetzen. Als Beispiel diente die Rittergasse. Dort hat es sich aber gezeigt, dass die Fussgänger am liebsten auf dem asphaltierten Mittelstreifen gehen und die Velofahrer oft auf die seitliche Pflasterung ausweichen. Dies hat zur Folge, dass die Anwohner, wenn sie aus dem Haus - und damit direkt auf die Strasse treten - leicht in Konflikt mit den übrigen Verkehrsteilnehmern kommen.

An Kinder denken!

Besonders gefährlich ist das natürlich für Kinder. Da die St. Alban-Vorstadt primär eine Wohnstrasse mit mehreren Generationen ist, herrscht begreiflicherweise eine grosse Unsicherheit über einen solchen Eingriff in die Strassenstruktur. Es gibt hier aber auch eine Schule (Minerva), den Hauptsitz der CMS und mehrere Geschäfte, wo

viele Menschen täglich ein- und ausgehen. Ein weiterer Punkt des Anstosses ist die Pflasterung des gesamten Bereichs um den Schöneck-Brunnen. Die Regierung begründet dies mit einer höheren Aufenthaltsqualität um den Brunnen, was von den Anwohnern vehement in Abrede gestellt wird, da die Pflasterung neu den gesamten Strassenraum umfassen würde. Ein Bewohner sagt deshalb: „Die vom Baudepartment vorgeschlagene Begegnungszone existiert bereits seit vielen Jahrzehnten. Sie erfreut sich insbesondere im Bereich des Schöneck-Brunnens grosser Beliebtheit und bedarf keinerlei weiterer Eingriffe.“ Das sind deutliche Worte.

Unmut per Petition

Um ihrem Unmut Ausdruck zu geben, hat die Anwohnerschaft eine Petition an das Bau- und Verkehrsdepartement zu Händen seines Chefs Regierungsrat Wessels geschickt. Innert kürzester Zeit sind über 150 Unterschriften zusammen gekommen. Auch die Minerva, die CMS und Geschäfte haben sich daran beteiligt. Die Regierung hat noch im Oktober versprochen, eine Befragung unter den Anwohnenden durchzuführen. Bisher ist aber noch nichts geschehen. Man kann nur hoffen, dass die Regierung die Anliegen der Anwohner und Anwohnerinnen an „einem der schönsten und wertvollsten Strassenzüge der Basler Altstadt“ ernst nimmt, und ihre Pläne den Wünschen der Bevölkerung anpasst. Hier geht es nämlich nicht nur um Schönheit sondern vor allem auch um Sicherheit, denn die St. Alban-Vorstadt ist eine beliebte Ausweichroute, um in die Breite fahren zu können.

Vernunft verhindert Referendum

Sollte die Regierung wieder einmal gegen die Bevölkerung handeln, wird wohl das Stimmvolk das letzte Wort haben. Und das sollte mit einer vernünftigen Anpassung des Projektes doch vermeidbar sein.



Grüne Welle von Riehen nach Basel – anstatt dauerrote Schikane: Die LDP tut was - zum Beispiel eine Petition einreichen

Die LDP Riehen/Bettingen hat an den Riehener Gemeinderat eine Petition mit dem Titel „Grüne Welle von Riehen nach Basel – anstatt dauerrote Schikane!“ eingereicht. 1'984 in ihrer Geduld strapazierte Riehener und Bettinger Unterzeichnende setzten ein deutliches Zeichen gegen unausgeglichene Versuche mit längeren Rotphasen ausgerechnet in einer Zeit, da Riehen durch verschiedene Grossbaustellen ohnehin schon schwierige Zeiten durchlebt.

Die Riehener Exekutive wird mittels der Petition dazu aufgefordert, die unerklärlichen, geplanten Verkehrsbehinderungsprojekte des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD) zu stoppen.

Unlängst wurde bekannt, dass das BVD plant, den Verkehr von Riehen nach Basel „maximal möglich zu reduzieren und zu lenken“. Dazu sollen neue Ampeln an den Ausfahrtpunkten in die Stadt Basel installiert werden und den Verkehr nur noch tropfenweise durchlassen. Betroffen wären die Verkehrsachsen von Riehen nach Basel, an den Kreuzungen Schwarzwaldallee / Maulbeerstrasse, Allmendstrasse / Riehenstrasse, und Allmendstrasse / Bäumlhofstrasse. Die Autofahrer sollen mittels dieser Schikanen und induziertem Stau zu einem Umsteigen auf den ÖV gezwungen werden.

Flankierende Interpellation im Grossen Rat

Auch im Grossen Rat hat die LDP Präsidentin, Patricia von Falkenstein, bereits eine entsprechende Interpellation eingereicht. Konkret fordert die LDP, dass die zuständige Behörde der Gemeinde Riehen, die Kommunikation mit dem Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) jetzt verbessert und die Interessen Riehens, den möglichst ungehinderten Verkehrsfluss von Riehen nach Basel, aktiv einbringt und verteidigt. Es kann nicht sein, dass Riehen verkehrstechnisch weitere Beeinträchtigungen hinnehmen muss.

Gewerbetreibende, Anwohner und Umwelt sind Leidtragende. Gerade in der jetzigen, bereits angespannten Verkehrssituation mit der Grossbaustelle auf der Achse Eglisee - Riehen Grenze und deren Umleitungsroute verträgt es keine weiteren Schikanen und Behinderungen mehr, was den Verkehr betrifft.

Nebst der Riehener Bevölkerung sind die Leidtragenden einmal mehr die Gewerbetreibenden sowie auch Berufspendler und Grenzgänger. Auch aus Sicht des Umweltschutzes und der Anwohnerschaft ist das geplante Vorhaben äusserst fragwürdig, denn längere Rotphasen an den Ampeln bedeuten zugleich auch mehr CO₂-Emissionen und anhaltenden Lärm. Dies kann Riehen als grünes Dorf nicht hinnehmen.

Gemeinderat und Verwaltung reagieren

An der Ende Oktober erfolgten Anhörung der Petenten, haben sich die Vertreter der Riehener LDP beim zuständigen Gemeinderat Dr. Guido Vogel und dem Abteilungsleiter Bau, Mobilität und Umwelt, Ivo Berweger, aus erster Hand informiert und noch einmal darauf hingewiesen, dass zum Schluss rekordverdächtige 2'000 Unterschriften gegen die geplanten und unverständlichen

Rotlicht-Massnahmen zusammengekommen sind.

Die Gemeindevertreter haben die Forderung aus der Petition zwischenzeitlich beim BVD, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt deponiert und behandelt.

Das BVD wird, wie auch in der Tagespresse vom 25.10.2017 erwähnt, einen Pilotversuch an der Elsässerstrasse, Basel durchführen. Die Ergebnisse würden dann ausgewertet und eine Empfehlung an den Regierungsrat Basel-Stadt abgegeben. Dieser habe dann zu entscheiden, ob die Vorkehrung mit längeren Rotlichtphasen eingeführt wird.

David Schweizer, Präsident LDP Riehen/Bettingen sagt: „Wir nehmen aus dem Gespräch mit, dass die Anliegen Riehens, notabene der einzigen kantonszugehörigen Zubringergemeinde, für das BVD wichtig sind.“ Man liess die Delegation der LDP denn auch wissen, dass Riehen mit Zuversicht auf die endgültige

Weitere wichtige Themen

Die LDP-Fraktion im Einwohnerrat hat sich in der zu Ende gehenden Legislatur u. a. eingesetzt:

- für einen haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln;
- für gute Bedingungen für Handel und Gewerbe;
- für die Belange der Familien und der Bildung - dies mit Claudia Schultheiss als Präsidentin der entsprechenden Kommission;
- für einen gerechten Finanz- und Lastenausgleich mit dem Kanton;
- für sinnvolle Projekte wie die Zentrumsüberbauung Niederholz.

ge Lösung blicken könne, denn es sei für die Kantonsgemeinde eine eigene, den Interessen sehr angepasste Lösung angedacht. Für uns kann es nur heissen: Grüne Welle! Wir beobachten die Entwicklung genau, und die LDP bleibt hart am Ball.



Gemeinderats-Kandidat Daniel Hettich, David Schweizer, Präsident LDP Riehen/Bettingen, und Remo Schweigler bei der Übergabe der Petition. Schweizer und Schweigler kandidieren für den Einwohnerrat.

Die Kandidierenden (I)



Die Kandidierenden (II)



Daniel Hettich mit Engagement, Mut und Weitsicht!

Mit den Erfahrungen aus dem Einwohnerrat Riehen und dem Grossen Rat Basel-Stadt fühle ich mich für dieses Amt bereit. Sehr gerne würde ich mich mit Engagement und einem optimistischen Blick in die Zukunft als Gemeinderat für die Bewohnerinnen und die Bewohner, wie auch für das Gewerbe, einsetzen und die Zukunft Riehens mitgestalten!

In den Gemeinderat mit Daniel Albietz, Silvia Schweizer, Felix Wehrli und als Gemeindepräsident Hansjörg Wilde.



Riehen ist und soll ein lebenswertes Dorf bleiben, in dem wir gerne zuhause sind und uns wohl fühlen. Das fängt mit der guten Grundschulbildung an, geht über ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot bis hin zu sinnvollen Angeboten für alle Generationen.

Als Gewerbetreibender ist es mir wichtig, dass Handel und Gewerbe ihren Platz in der Gemeinde haben, sich entwickeln können und im näheren Umkreis verfügbar sind. Das schafft und erhält Arbeitsplätze und entlastet durch kurze Wege den Verkehr. Nicht zu unterschätzen ist auch das Angebot an Ausbildungsplätzen und Lehrstellen in der Gemeinde, dazu trägt das ansässige Gewerbe einen grossen Anteil bei. Mit dem neuen Zonenplan wurde eine gute Grundlage für die positive Entwicklung von Handel und Gewerbe in Riehen gelegt. Die Veränderungen auf dem Markt müssen wir genau und weitsichtig beobachten, und ihnen mit Innovationen, unternehmerischem Mut und den richtigen Anpassungen begegnen. Auch Riehen ist in einem stetigen Wandel, und rückblickend wurde aus mancher, mittlerweile fast vergessenen Baustelle, ein positives Element des lebenswerten Riehens.

Das Ganze kann nur funktionieren, wenn die Finanzen unserer Gemeinde im Lot sind.

Im Gemeinderat will ich mich dafür einsetzen, dass unsere Finanzen trotz zunehmender Aufgabenübertragung so ausgeglichen bleiben, wie wir es gewohnt sind.

Die nachhaltige Finanzplanung hat sich bewährt. Es braucht auch in Zukunft eine umsichtige und kostenbewusste Planung der Infrastruktur, die den Bedürfnissen von Jung und Alt ent-

spricht und vernünftige Lösungen findet. Eine moderate Steuerbelastung bildet aus liberaler Sicht die beste Grundlage für das Gedeihen unserer Gemeinde.

Eine gute Bildung ist die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft. Mit der Übernahme der Schulliegenschaften und dem dazugehörigen Schulraumbedarf hat Riehen eine grosse Verantwortung übernommen.

Ich unterstütze eine breite und qualitativ hochstehende Bildungs- und Familienpolitik.

Gute und bedarfsgerechte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zusammen mit einem guten auserschulischen Bildungs- und Freizeitangebot, tragen wesentlich zu einem lebenswerten Riehen bei.

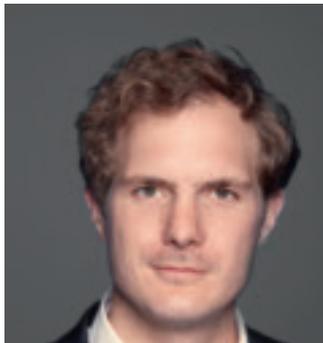
Ein Schlagwort ist der Verkehr. Da braucht es pragmatische Lösungen, die sowohl die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs wie auch des motorisierten Individualverkehrs berücksichtigen. Bevor wir in Riehen eine kantonale Regelung einfach übernehmen, müssen alle Auswirkung abgeklärt und bekannt sein. Das Abschotten Riehens von Basel durch Behinderungsmassnahmen ist sicher keine Lösung. Eine starke und selbstbewusste Gemeinde muss ihre Anliegen früh erkennen und auch durchsetzen können. Ein sicheres und respektvolles Miteinander, auch im Verkehr, wünschen wir uns alle.

Ich freue mich auf die bevorstehenden Wahlen und danke Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung! Ich bin überzeugt, dass ich mit meiner unaufgeregten Art, mit Sorgfalt in der Arbeit, mit meiner Fähigkeit zuzuhören und aus verschiedenen Blickwinkeln konstruktive Lösungen zu finden, als verantwortungsbewusster liberaler Gemeinderat viel zum Wohlergehen Riehens beitragen kann.

Daniel Hettich

Jungliberale: NEIN zum neuen «Geldspielgesetz» - unterstützen Sie das Referendum!

Vertragen sich Liberalismus und Netzzensur? Nein, und zwar aus ganz vielen Gründen nicht. Erstens ist es ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft, wenn der Staat einheimischen Webseiten unliebsame Konkurrenten aus dem Weg räumt. Zweitens gefährdet ein solcher Eingriff aus gesellschaftsliberaler Sicht das Grundrecht auf die freie Meinungsäusserung. Denn auch wenn vorderhand nur ausländische Glücksspielseiten gesperrt werden, kann sich die Zensur schnell ausweiten, wie folgendes Beispiel zeigt:



von Michael Hug, Präsident Jungliberale, und Xaver Dill, Vorstandsmitglied

Juni 2018: Die «No-Billag Initiative» wurde angenommen und die SRG muss sich in einem brutalen Konkurrenzkampf behaupten. Da beschliesst das Parlament alle ausländischen Streaming-Dienste (z.B. Netflix) in der Schweiz kurzerhand sperren zu lassen. Woher kommt diese Selbstverständlichkeit bei der Internetzensur? 2017 hat das Parlament entschieden, Glücksspielseiten, die vom Ausland aus betrieben werden, zu sperren. Damit wurden Tür und Tor für einen selektiven Internetzugang geöffnet. Wehret also den Anfängen! Dies ist natürlich ein sehr extremes Beispiel, aber es zeigt auf, in welche Richtung die Internetzensur gehen könnte. Daneben gibt es auch noch einige andere gute Argumente gegen das neue Geldspielgesetz.

Gesetz leicht zu umgehen

Wenn ein Schweizer weiter auf ausländischen Seiten Glücksspiele spielen möchte, kann er sich mit wenigen Klicks ein VPN-Netzwerk installieren und weiterhin auf der Internetseite seiner Wahl um Geld spielen. Daraus könnte man folgenden Schluss ziehen: Entweder hat die Bundesverwaltung im Hinblick auf die Digitalisierung wirklich massive Defizite und



man betritt dort mit dem Internet gerade Neuland oder, was noch naiver wäre, es hält den mündigen Bürger für unfähig, ein paar Klicks im Internet zu machen und sich ein VPN-

Netzwerk einzurichten. Deshalb muss das Gesetz entweder verschärft werden oder es wird zum Papiertiger.

Wettbewerb wird verfälscht

Als liberale Partei sind wir Verfechter des freien Marktes. Darum erscheint es uns wie ein Hohn, dass der Schweizer Casinoverband mitentscheidet, welche Seiten nicht mehr zugelassen sind. Dieser handelt nämlich aus wirtschaftlichem Eigeninteresse und beseitigt mit Hilfe des Staates seine Konkurrenz. Und ausserdem: Gemäss

Referendumsbögen

<http://www.geldspielgesetz-nein.ch/>

den Befürwortern entgegen dem Staat durch die ausländischen Internetseiten, die in der Schweiz keine Steuern bezahlen müssen, Steuereinnahmen.

Bessere Lösungen

Auch hierfür gäbe es eine praktikablere Lösung: Wenn man die ausländischen Betreiber ebenso besteuern würde wie einheimische Anbieter, hätte man keine Internetzensur und dem Fiskus würden trotzdem keine Einnahmen entgehen. Ausländische Betreiber haben positiv auf diesen Vorschlag reagiert und es scheint, dass dies die bessere Lösung für alle Beteiligten ist. Zunächst gilt es die Gesetzesänderung zu verhindern und deshalb das Referendum zu unterstützen. Unterzeichnen Sie darum das Referendum!

„Freiwilliger“ Steuer-Lohnabzug vorerst abgewendet

Es wird vorerst in Basel-Stadt keinen automatischen Lohnabzug geben, um die Bezahlung der Steuern zu sichern. Der Grosse Rat sprach sich - wenn auch knapp - gegen die Einführung dieses Instruments und für die Beibehaltung des heutigen Systems der Selbstverantwortung aus. Von linker Seite wird aber bereits angekündigt, den Lohnabzug mittels Volksinitiative durchsetzen zu wollen.

Mit 48:47 Stimmen wurde eine Motion von Rudolf Rechsteiner (SP) für den automatischen Steuerabzug vom Lohn abgelehnt. Der Vorstoss wollte, dass Arbeitgeber in Basel-Stadt ihren ebenfalls im Kanton wohnhaften Arbeitnehmern monatlich 10% vom Lohn abziehen und an die Steuerverwaltung überweisen müssen.

Getarnt war der Abzug mit dem Wort „freiwillig“, da die Arbeitnehmer die Möglichkeit gehabt hätten, mittels eigens gestelltem Antrag vom Abzug ausgenommen zu werden.

Die Befürworter argumentierten mit der „schützenden und fürsorglichen Hand“ des Staats (gemeinhin „Nanny-Staat“ genannt), welcher die Bürgerinnen und Bürger bedürften, um vor Verschuldung durch die im Frühjahr eintreffenden Steuerforderungen geschützt zu sein.

Anders das bürgerliche Lager, welches auf das schweizerische Staatsverständnis eines mündigen Bürgers und der Selbstverantwortung hinwies. Schliesslich war und ist es auch jedem Steuerpflichtigen erlaubt, bei Bank oder Post einen Dauerauftrag einzurichten und so eine gestaffelte Begleichung der Steuerschuld zu erreichen. Befürchtet wurde auch, dass gerade diejenigen, welche man mit dem automatischen Abzug schützen wolle, am ehestens vom „Opting-out“ Gebrauch machen würden oder sogar müssten, weil sonst das Geld für andere wichtige Dinge wie Krankenkasse oder Wohnungsmiete fehlen würde. Es bestünde auch die Gefahr, dass man sich wegen des automatischen Abzugs in der falschen Sicherheit wiege, die Steuern seien damit bereits bezahlt.

Speziell von liberaler Seite (Grossrat Thomas Strahm) hingewiesen wurde, dass die Vorlage das sogenannte Gleichheitsprinzip der Gläubigerklassen verletzen würde. Einfacher ausgedrückt: Die Steuerbehörden würden gegenüber anderen Gläubigern bevorzugt. Ein wichtiges Argument der Gegner war schliesslich, dass den Arbeitgebern ein neues „Bürokratie-Monster“ aufgebürdet würde. Es sei auch nicht einzusehen, warum die Arbeitnehmer quasi die Funktion des Steuereintreibers für den Staat zu übernehmen hätten. Mit vereinigten Kräften und dank guter Präsenz gelang es also dem bürgerlichen Lager, das unnötige und schädliche Begehren abzuwenden. Die Verlierer wollen aber nicht aufgeben: Eine Volksinitiative mit gleichem Inhalt ist bereits angekündigt.

Vernehmlassungen (I): Vorbehalte zur Spitalfusion

Die LDP hält es für richtig, die Spitäler in Basel-Landschaft und Basel-Stadt zu einer Gruppe zusammen zu schliessen. Jedoch bestehen Vorbehalte: Basel-Landschaft darf nicht – einmal mehr – zulasten des Stadtkantons profitieren, wie dies bei der Trägerschaft der Universität und bei der Mitfinanzierung des Kulturangebots der Fall ist. Weiter fordert die LDP die Überprüfung sämtlicher Finanzangaben der Vorlage durch die baselstädtische Finanzkontrolle vor der Behandlung im Grossen Rat und im Landrat.

Würde man die Gesundheitsversorgung in beiden Basel heute planen, käme niemand auf die Idee, den heutigen Zustand vorzuschlagen. Es besteht eine Überkapazität an Spitalbetten. Die Angebote sind nicht systematisch entwickelt worden, jeder Kanton hat jahrzehntelang ohne Langfristplanung und ohne Absprache mit anderen Kantonen die eigene Spitalpolitik verfolgt. Es ist richtig, dass jetzt koordiniert werden soll. Die gemeinsame Planung ist zu begrüssen.

Zu viele Konzessionen an BL

Hingegen beinhaltet der Vorschlag zu viele Konzessionen an den Kanton Basel-Landschaft. Die LDP fordert eine Trägerschaft, welche die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse wieder spiegelt, auch hinsichtlich

des Stimmrechts. Eine weitere Besserstellung des Partnerkantons, der bereits bei der Finanzierung der Universität und der Kultur vom Stadtkanton profitiert, lehnt die LDP ab. Basel-Landschaft ist stärker an einer gemeinsamen Spital-Gruppe interessiert als Basel-Stadt.

Keine „politischen“ Standorte

Es ist auch problematisch, aus rein politischen Gründen weitere Konzessionen zu machen und Standorte zu erhalten bzw. mit neuen Aufgaben zu versehen. Unabdingbare Voraussetzung für die Qualität der Gesundheitsversorgung der Region ist eine starke Universität Basel mit einer genügenden Finanzierung. Wenn nicht genügend Geld für die Forschung und auch für die Lehre zur Verfügung steht, wird die Hochschulmedizin ge-

schwächt. Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Standorten Zürich und Bern ist dann nicht mehr gegeben.

Da es um sehr viel Geld geht, fordert die LDP die Überprüfung sämtlicher finanzrelevanter Angaben der Vorlage durch die Finanzkontrolle Basel-Stadt, vor der Behandlung in den Parlamenten.

Behandlung der Privaten nicht zufriedenstellend

Nicht zufriedenstellend ist die Vorlage hinsichtlich der Behandlung der Privatspitäler und der privaten Arztpraxen. Die Befürchtungen dieser wichtigen Leistungserbringer im Gesundheitswesen, benachteiligt zu werden, sind ernst zu nehmen. Konkrete Aussagen über deren Funktion im neuen System fehlen und müssen zwingend vor der Beschlussfassung

nachgereicht werden. Die LDP fordert die Überarbeitung der Vorlage im Sinne ihrer Vernehmlassungsantwort und hofft, eine Fassung vorgelegt zu erhalten, welche eine Zustimmung ermöglicht.

Vor Mio.-Defiziten?

In Sorge um drohende Millionen-defizite in den Basler Spitälern hat LDP-Grossrat Felix Eymann eine Interpellation betreffend der finanziellen Folgen des Wechsels von stationärer zu ambulanter Behandlung in Spitälern eingereicht. Gemäss Bund soll nämlich ein Teil der bisher stationär behandelten Fälle künftig im Rahmen eines Tagesaufenthalts ambulant behandelt werden. Damit sollen Einsparungen im Bereich der Hotellerie erzielt werden. Der geltende Tarif sieht aber keine Tagespauschalen für diese Behandlungsart vor. Mit dem bestehenden Tarif für ambulante Behandlung können die Spitäler nicht kostendeckend arbeiten. Es entstehen Defizite in Millionenhöhe, auch zulasten der Kantonsfinanzen. Verhandlungen der Krankenkassen mit den Kantonen sind nicht zustande gekommen. Die Krankenkassen wollen dies zentral mit dem Bund verhandeln. Die für den Kanton negativen Folgen könnten vermieden werden, wenn in den Vertrag mit den Versicherern neue Tagespauschalen Aufnahme finden; eine solche Position fehlt derzeit in den Verträgen.

Eymann fragt deshalb den Regierungsrat, ob auch er dringenden Handlungsbedarf sieht und wie hoch er die zusätzlichen Aufwendungen für den Kanton einschätzt, welche durch diesen Systemwechsel entstehen. Weiter stelle sich die Frage nach den Massnahmen, welche eingeleitet wurden, um negative Folgen zu vermeiden. Als mögliche Lösung erwähnt Eymann die Möglichkeit, den Versicherern anzubieten, eine duale Lösung analog der Finanzierung im stationären Bereich vorzusehen. Im Hinblick auf die Betroffenheit aller Kantone regt Eymann an, das Anliegen mit dem Instrument der Standesinitiative beim Bund einzubringen.

Liberales Fädezieh im Schafek



Rund dreissig Personen nahmen am ersten Dezember-Montag am traditionellen „Fädezieh“ der Kleinbasler LDP und FDP teil. Unter wachsamem Auge des kantonalen Polizeidirektors Baschi Dürr mischten sich Vertreter und Vertreterinnen der beiden liberalen Parteien bunt durcheinander, darunter auch mehrere amtierende und frühere Grossräte. Statt politischen Diskussionen beherrschte das Rühren im Fondue-Caquelon, die Jagd nach den darin enthaltenen Knoblauch-Stücken (mit der unbestrittenen Meisterin Carmen Kolp) und der Genuss des feinen Weissweins das Geschehen im jüngst neu rausgeputzten „Schafek“. Mehr oder minder ernst gemeinte Rededuellen kamen aber durchaus vor, wobei sich auf LDP-Seite die in Riehen für den Einwohnerrat kandidierende Priska Moser in einem nahezu epischen Duell mit altGrossrat und Modezar Roland Vöggtli für höhere Weihen als absolut geeignet erwies. Auf dem linken Foto erkennen wir die altGrossräte Giovanni Nanni und Peter Feiner, rechts Nannis Gattin neben dem ehemaligen Bettinger Langzeit-Grossrat Helmut Hersberger und dem Riehener LDP-Urgestein Albi Kaufmann. Fotos: Werni Blatter.

Vernehmlassungen (II): Mehr Ordnungsbussen statt Verzeigungen

Dass das Übertretungsstrafgesetz (ÜStG) nach 40 Jahren komplett überarbeitet wird und eine Reihe von als nicht mehr zeitgemässen Bestimmungen gestrichen werden, ist auch nach Ansicht der LDP zu begrüssen. Zu bedauern ist dagegen, dass man nicht die Gelegenheit genutzt hat, bei der Ahndung von Delikten vermehrt auf Ordnungsbussen statt Verzeigungsverfahren zu setzen, wie dies im Parlament schon mehrfach gefordert wurde.

Auch wenn es in die Kompetenz des Regierungsrates fällt zu bestimmen, welche Delikte des ÜStG mit einer Ordnungsbusse geahndet werden, hätte sich die LDP doch gewünscht, dass in dieser Vorlage zumindest allgemeine Grundsätze oder Absichtserklärungen zu erfahren gewesen wären. Dies nicht zuletzt, weil der Regierungsrat in jüngerer Vergangenheit verschiedene Verstösse, welche vermehrt Übertretungstatbestände ins Ordnungsbussenverfahren überführen wollten, mit dem Verweis auf die im Gang befindliche Totalrevision des ÜStG abblockte.

Wenn Verzeigung zur Farce wird

Gerade bei Verletzungen der Toleranzzonen ist ein Verzeigungsverfahren denkbar ungeeignet, da die betreffenden Sexworkerinnen fast ausschliesslich aus dem Ausland kommen und schon nach wenigen Wochen

weiterziehen. Wenn das Verzeigungsverfahren abgeschlossen und der Strafbefehl ausgestellt ist, besteht faktisch keine Möglichkeit mehr, die fehlbare Person ins Recht zu fassen. Sollte trotzdem darauf verzichtet werden, solche Übertretungen mit Ordnungsbussen zu ahnden, sollte auf alle Fälle im Gesetz vorgesehen werden, die bei den fehlbaren Personen festgestellten Barmittel sicherzustellen resp. einzuziehen. Dies sichert zum einen die Bezahlung der im Strafbefehl enthaltenen Busse und die Verfahrenskosten. Zum anderen wirkt ein solches Vorgehen stark abschreckend und damit präventiv.

Kautionspflicht ausweiten

Zu begrüssen ist die neu geplante Kautionspflicht für fehlbare Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz. Dabei erstaunt aber, dass diese nur im Ordnungsbussenverfahren, nicht aber bei Verzeigungen Anwendung

finden soll. Im Strassenverkehr, auf den im Entwurf explizit verwiesen wird, wird eine Sicherheitsleistung in Höhe der zu erwartenden Summe aus Bussgeld und Verfahrenskosten auch erhoben, wenn eine Übertretung auf dem Weg einer Verzeigung mit allenfalls nachfolgendem Strafbefehl geahndet wird. Dies macht auch hier Sinn.

Für engere Halter-Haftung

Zumindest in der im Entwurf dargestellten Absolutheit kann die LDP der Fahrzeughalter-Haftung nicht zustimmen. Die Ahndung einer Übertretung muss in Zusammenhang mit der Urhebererschaft stehen; der blosse Fahrzeugbesitz als Begründung für die Zahlungspflicht von Ordnungsbussen ist nicht akzeptabel. Die Motivation darf nicht sein, auf alle Fälle die entsprechenden Staatseinnahmen zu sichern, Ordnungsbussen sind dazu da, von fehlbarem Verhalten abzuhalten.

Willkommen Lukas Ott!

Der neue Basler Stadtentwickler muss ein Umfeld vorfinden, welches konstruktives Arbeiten ermöglicht und Reibungsverluste minimiert. Dies fordert die LDP Basel-Stadt in einer Interpellation und stellt unter dem Titel „Herzlich Willkommen Lukas Ott“ auch konkrete Forderungen. Vor allem plädiert die LDP für eine klare Auftragserteilung und verschiedene organisatorische Änderungen.

Mit Blick auf die Abgrenzungs-Unklarheiten zwischen dem Stadtentwickler und anderen Dienststellen des Kantons, insbesondere aus dem Hochbau- und Planungsamt, drängen sich nach Ansicht der LDP verschiedene Massnahmen auf, um aus dieser Institution grösstmöglichen Nutzen für den Kanton zu generieren und bisherige Reibungsverluste zu vermeiden. Gefragt wird der Regierungsrat, ob er sich eine direkte Unterstellung des Stadtentwicklers in fachlicher Hinsicht vorstellen und ihm Aufgaben aus dem Bereich der Raumentwicklung, der Richtplanung aber auch der grenzüberschreitenden planerischen Zusammenarbeit übertragen könnte.

Die Stadtentwicklung braucht klare Strukturen und eine kompetente Steuerung, um die Aufgaben auch organisatorisch optimal wahrnehmen zu können. Dazu ist eine Integration von Dienststellen in den Bereich Stadtentwicklung nötig, welche bei Stadtentwicklungs-Vorhaben mitwirken müssen. Auch müsse das Pflichtenheft des Chefs Stadtentwicklung überarbeitet werden, damit klar wird, was er bearbeiten soll und was nicht. Stärker engagieren muss sich der Stadtentwickler auch im Konfliktfeld Wohnen – Arbeiten – Freizeit – Verkehr. Dies geschieht heute wenig strukturiert, ohne grossen zeitlichen Vorlauf auf der Basis von Ratschlägen des Regierungsrats zu einzelnen Arealen. Eine Gesamtplanung fehlt heute.

Und schliesslich gehört ins Pflichtenheft des Stadtentwicklers auch die Zusammenarbeit mit dem Grosse Rat.



Wenn Sexarbeiterinnen ihre Dienste ausserhalb der Toleranzzonen (hier die Ochsen-gasse) anbieten, werden sie verzeigt. Bis das Verfahren abgeschlossen ist, sind sie aber bereits wieder in ihrer Heimat und kaum belangbar. Die LDP fordert deshalb, solche Verstösse mit Ordnungsbussen zu ahnden oder zumindest ein Bussendepot einzuziehen.
Foto: A. Auderset

Glosse: Keine anderen Probleme? – Teil 2



von Grossrat André Auderset

Auf der Titelseite dieser Ausgabe hat unsere Parteipräsidentin bereits (und fast mit einer gewissen Verzweiflung) beklagt, dass im Basler Parlament alle möglichen (respektive unmöglichen) Vorstösse eingereicht und meist auch noch durchgewinkt werden. Zum Ende dieses Heftes möchte ich das Thema ebenfalls aufnehmen – durchaus ernst gemeint, auch wenn es (hoffentlich) humorvoll formuliert ist.

Das Parlament ist halt immer ein Spiegel der Gesellschaft „draussen“ – und da sieht es eben auch nicht besser aus. Etwa in Frankreich, wo eine frisch ins Amt berufene Senatorin als erstes – und damit anscheinend wichtigstes – Anliegen fordert, in Filmen seien alle Szenen rauszuschneiden, in denen geraucht wird. Wenn ich da an Klassiker mit Jean-Paul Belmondo oder Alain Delon denke: Da bleibt nicht mehr viel übrig und der Zusammenhang völlig auf der Strecke, denn „Bé-

bél“ und der „Eiskalte Engel“ kauten praktisch permanent auf einer Gauloise herum.

In Zeiten von #metoo kommt als nächstes dann wohl die Forderung, alle Filmküsse rauszuschneiden, wenn nicht klar ersichtlich ist, dass diese einvernehmlich erfolgten. Bei „Casablanca“ fehlen dann wichtige Szenen, denn Humphrey Bogart sagt zu Ingrid Bergmann „Ich schau Dir in die Augen Kleines“ und nicht „Bist Du einverstanden, dass ich Dich jetzt in den Arm nehme?“

Wie ist es übrigens mit der Mund-zu-Mund-Beatmung, in „Baywatch“ sehr plastisch dargestellt von Pamela Anderson? Von einer einvernehmlichen Berührung der Lippen kann hier nun wahrlich nicht gesprochen werden! Was mich grad noch zu einer Studie des Bundes bringt, laut der ein Sechstel der sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz durch Frauen erfolgt. An den männlichen Teil der Leserschaft: Sagen Sie nun nicht „Warum passiert so was nie mir?“ Die Sie belästigende Frau ist nämlich nur in den seltensten Fällen eine attraktive Schönheit im feuerroten Badkleid - und allenfalls erst noch Ihre Chefin. Sie meinen nun, die oben erwähnten Zensur-Szenarien seien völlig unrealistische Befürchtungen? Leider Nein! Es wurde bereits ernsthaft gefordert, das Grimm'sche Märchen von Dornröschen zu verbieten. Da es dort einen Kuss gibt und dieser un-

möglich einvernehmlich zustande kam (die Dame wird ja genau durch diesen Kuss geweckt und kann sich erst danach über ihre Zustimmung äussern), muss der Prinz unbedingt öffentlich Entschuldigung leisten und aller Ämter enthoben werden. Es gibt – um auf den Grossen Rat zurückzukommen – übrigens durchaus noch Hoffnung. Eine Motion von Nora Bertschi, die spezielle staatliche Massnahmen zu Gunsten derjenigen Menschen wünschte, welche nicht genau wissen, ob sie sich zum männlichen oder weiblichen Geschlecht zählen sollen, wurde in der Nachtsitzung im November „nur“ als unverbindlicher Anzug überwiesen. Damit darf zumindest gehofft werden, dass es Basel-Stadt erspart bleibt, für diesen – im Promillebereich liegenden – Anteil der Bevölkerung spezielle Toiletten einrichten zu müssen. Eine absurde Idee? Keinesfalls! In einem Berliner Bezirk sind solche WC-Anlagen bereits Pflicht.

LDP-Podium „No Billag-Initiative“

6. Februar 2018
um 18.30

Unternehmen Mitte

Moderation:
Heiner Vischer

4010 Basel
PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Dezember 2017

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnem CHF 18.00

Auflage
12'500 Exemplare
erscheint 4-6 Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
- Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.